

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 9. März 2022 / Mercredi après-midi, 9 mars 2022

**Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion /
Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration**

**35 2021.RRGR.351 Motion 232-2021 Schindler (Bern, SP)
Bericht über den aktuellen Personalbestand und den zukünftigen Personalbedarf im
Gesundheitswesen im Kanton Bern und die Handlungsmöglichkeiten zur Sicherung der
Gesundheitsversorgung der Bevölkerung**

**35 2021.RRGR.351 Motion 232-2021 Schindler (Bern, PS)
Rapport sur l'effectif actuel et le besoin en personnel à venir dans le système de santé du
canton de Berne ainsi que sur les possibilités d'action pour garantir les soins à la population**

Le président. Nous passons à l'affaire du point 35 de l'ordre du jour, il s'agit d'une motion, le débat est libre, le gouvernement propose l'adoption sous la forme d'un postulat. Cette proposition est contestée. Je laisse donc la parole à Mme la députée Schindler.

Meret Schindler, Bern (SP), Motionärin. Ich danke der Regierung für die Antwort. Die Situation ist in vielen Gesundheitsbereichen besorgniserregend. In praktisch jedem Spital und jeder Psychiatrie musste in den letzten Jahren eine Station oder zumindest Betten geschlossen werden, und das wegen Personalmangel, Personalengpässen oder Ausfällen. Der Druck ist aber beim Personal in der Pflege schon lange hoch. Aber eben nicht nur dort. Es fehlen Psychiaterinnen und Psychiater. Psychologinnen und Psychologen übernehmen dort als Ersatz immer mehr Verantwortung und Aufgaben. Aber auch die Versorgung mit Hausärztinnen und Hausärzten ist nicht einfach. Das wissen Sie, wenn Sie in den Gemeinden sind und neue Hausarztpraxen besetzen wollen, bestens. Von der Versorgung mit Kinderärztinnen und Kinderärzten und Jugendpsychiaterinnen und Jugendpsychiatern wollen wir gar nicht erst reden. Die Regierung teilt unserer Sorge in dieser Frage. Auch der Kanton macht schon seit Jahren einiges dafür und das nützt sicher auch.

Aber wir sind auch mit den bestehenden Massnahmen in diese Situation gekommen. Wir bilden zwar seit der Ausbildungsoffensive 30 Prozent mehr aus, aber noch immer kommt die Hälfte aller Diplomierten aus dem Ausland. Es gibt also noch viel Luft nach oben. Ich habe in den Vorgesprächen immer wieder gehört: «Ja, was nützt denn ein Bericht? Wir wissen ja, wo der Schuh drückt.» Ja, diese Analyse ist auch nur der eine Teil dieser Motion. Wir wollen auch, dass Massnahmen gegen die Druckstelle im Schuh aufgezeigt werden und dann natürlich, dass sie so schnell wie möglich an die Hand genommen werden.

Die Regierung referenziert in ihrer Antwort auch auf den Familienbericht und die Massnahmen, die man daraus ergriffen hat. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind sehr wichtig, sicher auch für das Gesundheitspersonal. Aber die Arbeitsbedingungen, der hohe Druck auf den Stationen, zu wenig Personal für zu vielen Patientinnen und Patienten in Alters- und Pflegeheimen oder auch auf den Stationen in den Akutspitälern ist damit noch lange nicht behoben. Wir haben seit ein paar Jahren viele schwererkrankte Leute in den Spitälern, und wer auch nur ein wenig wieder bei den Leuten ist, wird nach Hause geschickt.

Das heisst, auch wenn man gleich viele Patientinnen und Patienten wie früher betreut, hat man mehr zu tun. Man hat mehr Verantwortung. Man muss besser schauen, dass dort nicht plötzlich irgendetwas passiert und eine Akutsituation auftritt. Der Bedarf an Personal ist gross, auch gerade auf dem Land oder in den Tälern, wie uns z. B. Grossrätin Speiser-Niess hier im Saal immer wieder erzählt.

Wenn wir hier einen Bericht verlangen, dann kommt dieser etwa in einem Jahr wieder in den Rat, und der Bund wird auch etwa gleichzeitig wissen, in welche Richtung er stossen möchte. Es wäre

gut, wenn wir dann bereit wären, damit wir nachher eben in Aktion treten und die Massnahmen angehen können. Deshalb bitte ich Sie, diesem Vorstoss auch in Form einer Motion zuzustimmen. Herzlichen Dank, dass wir ihn dann umsetzen können.

Le président. La motion est maintenue en tant que telle. Je laisse la parole maintenant aux groupes. Le premier annoncé : Les Verts ... *(Der Präsident wird darauf aufmerksam gemacht, dass es sich um eine Mitmotionärin handelt. / L'attention du président est attirée sur le fait qu'il s'agit d'une comotionnaire.)* Je laisse la parole à Mme la députée Imboden comme comotionnaire. – C'est trois minutes.

Natalie Imboden, Bern (Grüne), Mitmotionärin. Ich mache es kurz, da Kollegin Schindler bereits einiges gesagt hat. Ich glaube, es gibt zwei wichtige Dinge, warum es hier eine Motion braucht. Das eine sind wirklich Handlungsmöglichkeiten. Ich glaube, alle wissen: Wir haben einen Notstand, einen Pflegenotstand in diesem Land, in diesem Kanton Bern. Die Pflegeinitiative wurde vor 101 Tagen angenommen. Die 100 Tage sind hier also vorbei und die Umsetzung wartet noch.

Es geht wirklich nicht darum, einfach einen neuen Bericht nur mit Zahlen zu machen. Es ist sicher auch wichtig und richtig, diese wieder zusammenzustellen. Aber die Frage ist wirklich: Wo kann man den Bedarf decken, um genau diese Lücken im Personalbereich zu füllen? Hier, denke ich, ist ganz wichtig: Der Regierungsrat führt aus, dass man im Bereich der Ausbildung auch die Ausbildungsverpflichtung – welche der Kanton Bern seit dem Jahr 2012 kennt, die andere Kantone kopieren und bei welcher der Kanton Bern durchaus eine Pionierfunktion wahrgenommen hat – wichtig ist. Aber es reicht nicht. Es reicht nicht, das sehen wir ja genau. Das reicht eben nicht.

Wir haben ein Problem und das nennt sich Drehtüreffekt. Das heisst, wir bilden Pflegende aus, aber sie sind dermassen überlastet und die Arbeits- und Anstellungsbedingungen sind ungenügend, sodass sie wieder ausscheiden. Sie gehen wieder aus dem Pflegeberuf heraus. Darum reicht es nicht. Es ist wichtig, mehr auszubilden, aber wir müssen am System etwas ändern. An dieser Drehtür, damit diese nicht einfach wieder die Leute hinausspickt, sondern damit Sie weiterhin die Pflegetätigkeiten wahrnehmen können.

Darum bitte ich Sie als Mitmotionärin, überlegen Sie sich: Es geht hier wirklich darum, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Das ist der zentrale Punkt, denn – und ich glaube, das ist klar – die Pflegeinitiative wird umgesetzt werden müssen. Der Kanton Bern wird seinen Beitrag leisten müssen. Darum ist es so wichtig, auch genau auszuloten, was Bern spezifisch ist. Wir als grosser Kanton haben vielleicht einen anderen Bedarf – die ländlichen Versorgungsgebiete wurden angesprochen. Wir sind eben nicht die Stadt Basel, wir sind der Kanton Bern, und hier ist der Bedarf zu decken eine Herausforderung, die in Bern spezifisch angeschaut werden muss. Bitte überweisen Sie den Vorstoss in Form einer Motion.

Margret von Bergen, Uetendorf (EVP), Mitmotionärin, Fraktionssprecherin. Mit dieser Motion wird eine Auslegeordnung gefordert, um den aktuellen Personalbestand, aber auch den künftigen Bedarf und die Handlungsmöglichkeiten aufzudecken. Ich bin jetzt 2 Jahre in diesem Rat und wenn ich so ein wenig schaue, sehe ich, wir haben in den letzten Jahren sehr verschiedene Pflaster aufklebt, um diesen pflegerischen Bedürfnissen und auch Notständen entgegenzuwirken. Das spiegelt sich auch ein bisschen in der Antwort des Regierungsrates wider. Im Pflegealltag kann man lange mit Pflaster arbeiten, wenn man eine Läsion oder eine Blessur hat. Aber irgendeinmal muss man auch das Umfeld anschauen und schauen, was denn noch ist – kann man noch Pflaster darauf tun? Irgendeinmal braucht es einen grösseren Verband. Hier im Politischen ist es jetzt auch so; wir brauchen einmal eine grosse Auslegeordnung, eine Gesamtschau.

Der Bericht soll ja nicht zusätzlich belastenden administrativen Aufwand für die Erhebungen bei den Leistungserbringern verursachen. Nein, der Regierungsrat hat nämlich erwähnt, dass es schon sehr viele Daten und Erhebungen mit dem umfangreichen Bericht habe – er erwähnt den OBSAN-Bericht – und so seien genügend Grundlagen vorhanden, um daraus Erkenntnisse für den geforderten Bericht einfließen zu können.

Das ist eine Basis für eine solide und fundierte Grundlage, um zielgerichtete Planungserklärungen anzugehen, damit die aktuellen und auch künftigen Herausforderungen im Pflegebereich gestemmt werden können. So kann dann auch die vom Bundesrat geplante Ausbildungsoffensive im Zusammenhang mit der Umsetzung der Pflegeinitiative für unseren Kanton vorausschauend und proaktiv vorbereitet werden.

Worum geht es letztendlich: nämlich darum, mit den vorhandenen Pflegepersonalressourcen hausälterisch umzugehen. Sei dies fachlich, aber auch in physischer und psychischer Art. Wir haben es vorhin gehört, sehr viele Leute steigen aus und das wollen wir verhindern. Es geht nämlich darum, Fachleute zu entlasten und zu schauen, wie man die Aufgaben im sogenannten Skill- und auch Grade-Mix verteilen kann. Deswegen ist es wichtig, dieser Motion zuzustimmen und nicht einfach abzuwarten, bis sich die Spirale immer und immer weiter nach unten verengt. Ja, gerade auch im Blickwinkel auf die unaufhaltbare demographische Entwicklung – der Regierungsrat hat darauf hingewiesen – müssen wir hier wirklich die Zeitbombe langsam etwas bremsen; denn sie tickt schon sehr, sehr stark. Mit dem Weg eines Postulats, wie es der Regierungsrat vorsieht, stünden wir eigentlich wieder ganz erneut in der Warteschlange dieser Thematik und ich glaube, dass will hier in diesem Saal niemand. Die EVP-Fraktion stimmt dieser Motion gesamthaft zu.

Andreas Michel, Schattenhalb (SVP), Fraktionssprecher. Wie die Motionärin und die Regierung teilt auch die SVP die Sorge in Bezug auf den Personalnotstand im Gesundheitswesen. Wir haben aber auch zur Kenntnis genommen, dass es zu diesem Thema auf verschiedensten Ebenen und in verschiedensten Bereichen auch schon zahlreiche Berichte und Daten gibt. Ich verzichte darauf, hier zu erwähnen, was man in der Vorstossantwort der Regierung nachlesen kann.

Ich würde die Aussage im Bericht sogar noch leicht ergänzen, welche feststellt, dass es noch keine verlässlichen Daten über die medizinische Grundversorgung im Kanton Bern gibt: Mit der Workforce-Studie 2020–2025 des Berner Instituts für Hausarztmedizin liegt mittlerweile auch hier solides Datenmaterial vor. Im Weiteren – und das dürfte ein Hauptgrund sein, weshalb man gerade jetzt keinen weiteren Bericht initiieren sollte – wird der Regierungsrat im Rahmen der Umsetzung der angenommenen Pflegeinitiative nach den Vorgaben des Bunds handeln müssen.

Ich könnte mir z. B. durchaus vorstellen, dass man bereits im Sinne des seinerzeitigen Gegenvorschlags weiterarbeiten könnte. Die dazu notwendige Flexibilität würde die Regierung erhalten, wenn man das Anliegen hier jetzt in Form eines Postulats überweist. Das gilt eigentlich auch für den zweiten Teil des verlangten Berichts, der die Regierung verpflichtet, die Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Es ist sehr fraglich, ob ein neuer Bericht – zu den bereits heute vorliegenden – weitere Lösungsansätze aufzeigen könnte. Nicht zuletzt mit Blick auf die knappen Ressourcen, die vor dem Gesundheitswesen nicht haltmachen, wäre einerseits eine Konkretisierung und andererseits natürlich auch eine Priorisierung der bereits bekannten Handlungsansätze angezeigt.

Das soll unserer Auffassung nach unter anderem auch Bestandteil der fertig zu stellenden Gesundheitsstrategie 2020–2030 sein. Der Grosse Rat hat nämlich die Regierung mit der Ausarbeitung der Teilstrategien beauftragt, die sich, nebst der periodischen Spitalversorgungsplanung, genau mit solchen mittel- bis langfristigen Fragen auseinandersetzen muss. Es braucht also im Moment keinen weiteren Bericht und es braucht eigentlich auch keine weiteren generellen Vorstösse mehr dazu.

Wenn schon Vorstösse, dann müssten sie sich meiner Auffassung nach auf konkrete Massnahmen beziehen. Konkrete Massnahmen, wie im folgenden aktuellen Beispiel: Seit einigen Jahren finanziert ja der Kanton ein Praxisassistenzprogramm für Weiterbildungsstellen in Hausarztpraxen. Hier in diesem Saal dürfte eine Mehrheit, eine grosse Mehrheit, dieses ausgezeichnete Programm unterstützen, und eventuell könnte sie sich ja sogar noch eine Ergänzung für mehr Weiterbildungsstellen vorstellen. Eventuell kann ja auch der Gesundheitsdirektor dann auch über den aktuellen Stand informieren. Analog dazu soll die Regierung in den Gesundheitsteilstrategien weitere Lücken schliessen.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Die SVP unterstützt die Annahme des Vorstosses in Form eines Postulats.

Melanie Gasser, Ostermundigen (glp), Fraktionssprecherin. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben schon ganz viel gesagt und gerade dem letzten kann ich in vielen Punkten zustimmen. Auch für die Grünliberalen ist es unbestritten, dass der Kanton in diesem Bereich in der Pflicht steht. Aber wir wissen auch – in der Antwort des Regierungsrates steht es –, dass schon sehr viele Daten vorhanden sind. Wir sind der Auffassung, dass man dort, wo sie nicht vorhanden sind, diese Lücken schliessen muss. Wir sind aber auch der Auffassung, dass es nicht unbedingt einen neuen Bericht braucht. Vielmehr wären eben die Erkenntnisse und vor allem auch die Handlungsmöglichkeiten, die heute immer wieder erwähnt wurden, in die Gesundheitsstrategie zu integrieren.

Wir haben das Gefühl, dass genau solch ein neuer Bericht nicht eine Gesamtauslegeordnung wäre, sondern eben gerade wieder ein neues Pflaster, wir haben das heute auch schon gehört. Das wollen wir nicht. Das Gesamte ist die Gesundheitsstrategie und an dieser sollten wir weiterarbeiten. Wir möchten eigentlich auch, dass der Regierungsrat vielmehr den Fokus nachher auch darauf legt, wie wir die Handlungsmöglichkeiten umsetzen können. Wir wollen die Ressourcen für die Umsetzung von Massnahmen und nicht für neue Papiertigern einsetzen.

Wir haben aber im Grundsatz sehr viel Verständnis für das Anliegen, das hier auf dem Tisch liegt. Wir würden dem Anliegen auch ganz sicher in Form eines Postulats zustimmen, und ich gehe davon aus, dass ein Grossteil unserer Fraktion, von der glp-Fraktion, dem Anliegen auch in Form einer Motion zustimmen würde. Aus den genannten Gründen allerdings ein bisschen die zähneknirschend.

Anita Herren-Brauen, Rosshäusern (Die Mitte), Fraktionssprecherin. Wie dem Regierungsrat ist das Stoppen des Fachkräftemangels oder der Personalbestand auch der Mitte-Fraktion ein grosses, wichtiges Anliegen.

In der Antwort wird erläutert, was alles gemacht wurde. Wir haben die Pflegeinitiative unterstützt und erwarten, dass die Umsetzung rasch an die Hand genommen wird. Dass es bereits einiges an Berichten gibt, wird im Abstimmungskampf der Initiative, die damals geführt wurde, und auch in der Antwort des Regierungsrates klar. Die Koordination mit dem Bund bremst jetzt halt leider schon ein wenig ein Vorpreschen des Kantons.

Mit einem Postulat soll es einen Bericht geben, was geprüft und angeschaut wird. Eine Auslegung in diesem Thema wird es geben müssen. Diese Resultate müssen an den Grossen Rat, zeitnah. Wir nehmen an, der Regierungsrat macht diesen Bericht, auch als Postulat. Wir stimmen dem Postulat zu, einer Motion nicht.

Ursula Zybach, Spiez (SP), Fraktionssprecherin. Wir sprechen hier über eine Motion, die einen Bericht möchte. Einen Bericht über den aktuellen Bestand des Personals, über die Zukunft und vor allem auch über die Handlungsmöglichkeiten in diesem Themenfeld. Wir haben von vielen schon gehört, dass der Personalnotstand wirklich ein Problem ist.

Krankheit, Fluktuation, die Demographie und jetzt auch noch die Pandemie. All diese Dinge wirken sich ganz enorm aus. Das Gesundheitswesen ist kantonal organisiert und natürlich gibt es viele Organisationen, die frei, privat unterwegs sind. Dann sagt der Kanton: «Ja, die müssen dann selber schauen.» Aber, werte Kolleginnen und Kollegen, am Schluss ist es der Kanton Bern, der für die Gesundheit seiner Bevölkerung zuständig ist. Er hat in der Antwort aufgelistet, dass man eben Dinge wie z. B. die Ausbildungsverpflichtung gut angepackt hat. Das ist so, auch wenn es manchmal dabei etwas holpert und knirscht, aber grundsätzlich ist man da auf einem guten Weg.

Ein wenig überraschend ist in der Antwort ein ganzer Abschnitt zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich weiss nicht, ob er wirklich hier hineingehört. Schliesslich ist der Familienbericht etwas, was wir hier in diesem Saal vor Kurzem angeschaut haben und nachher gesagt haben: «Ja, es gäbe viele spannende Dinge, aber wir machen sie nicht, da wir im Moment wegen Covid gerade kein Geld haben.» Deshalb bin ich nicht so sicher, ob das wirklich passt.

Der Regierungsrat sagt, er wäre bereit zu prüfen, wenn dann auf nationaler Ebene die Sachen klar sind. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht eine Luxus-Motion, mit der man dann etwas später einmal irgendwie noch schauen kann, sondern hier geht es um ein Problem, das jetzt akut ist und noch viel akuter wird, da wir eben genau diesen demographischen Wandel auch noch drin ha-

ben. Es geht also darum, dass man jetzt schaut, jetzt weiss, jetzt sich Massnahmen überlegt und nicht zuwartet, bis dann der Bericht oder die Massnahmen auf nationaler Ebene kommen.

Es wird viel über, aber wenig mit der Pflege gesprochen. Wenn man Studien ein wenig anschauen geht, in denen eben mit der Pflege gesprochen wurde, man sich mit dem Gesundheitswesen ausgetauscht hat, dann sieht man, welches die Gründe für den vorzeitigen Ausstieg sind. Das, was wir vorhin gehört haben, die Drehtür, die existiert. Es ist das Gehalt, es ist die Arbeitszeit, es ist die wertschätzende Organisations- und Führungskultur die fehlen.

Es gibt eine Studie aus der Schweiz, die aufzeigt, wie viel man ändern kann, wenn die Führungsebene stimmt, wenn man richtig führt. Diejenigen von Ihnen, die z. B. an Podien rund um die Pflegeinitiative mitgemacht haben, haben wahrscheinlich mitbekommen, welche katastrophalen Zustände es sind, wenn eben Kolleginnen und Kollegen fehlen und man eigentlich die Qualität, die man erbringen müsste – denn am Schluss geht es ja um Menschenleben – nicht erbringen kann. Dies, weil Kolleginnen und Kollegen fehlen und man nach Hause geht und sich überlegt «Habe ich jetzt etwas vergessen oder habe ich es doch am Schluss noch richtig gemacht?»

Es gibt einen englischen Satz, den ich wichtig finde: «What gets measured gets done – was man misst und weiss, kann man machen.» Und das ist das, was ich Ihnen hier empfehle. Wir wissen von der Gesundheitsstrategie, dass man dort weiterfahren und daran ziehen könnte. Andreas Michel, du hast das erwähnt. Aber sagen Sie mir bitte: Wo ist die Gesundheitsstrategie, was wird im Moment umgesetzt? Natürlich hat die GSI mit der Pandemie und jetzt auch mit den Flüchtlingen aus der Ukraine viel zu tun. Aber trotzdem, wir können es nicht einfach dort anhängen.

Stimmen Sie Ja zu einer Motion, stimmen Sie Ja, dass man jetzt einen Bericht macht und sich jetzt überlegt, was wir brauchen, damit wir in Zukunft, wenn wir es dann brauchen, genügend Personal im Gesundheitswesen haben.

Christoph Patrick Zimmerli, Bern (FDP), Fraktionssprecher. Es wurde schon vieles gesagt, ich möchte mich deshalb nicht wiederholen, sondern den Fokus ein wenig öffnen und mich meinen bürgerlichen Vorrednerinnen und Vorrednern vollumfänglich anschliessen. Eine der grössten Herausforderungen für unser Land, um unseren Wohlstand in den nächsten Jahrzehnten zu halten, ist die Demographie und damit verbunden die fehlenden Arbeitskräfte.

Wir haben im Moment 230'000 offene Stellen in diesem Land – 230'000 offene Stellen. Das betrifft praktisch jede Berufsgattung; nicht nur die Pflege, genauso IT, Juristen oder Bäckerinnen und Bäcker oder Konditorinnen und Konditoren oder Metzgerinnen und Metzger. Praktisch jede Berufsgattung. Das Thema betrifft also nicht nur die Pflege, sondern man sollte es wahrscheinlich auch noch etwas umfassender anschauen.

Es gibt im Moment Berufsgattungen – auch im Spitalbereich – in dem Sie nicht einmal mehr jemanden finden. Wenn Sie nämlich z. B. einen Codierer suchen, ist dieser im Schweizer Markt gar nicht vorhanden, und wenn Sie dann einen Deutschen abwerben können, kommt er mit Lohnvorstellungen, die Sie kaum bezahlen können. Das ist die Situation. Am Beispiel der Pflege zeigt sich notabene das Demographieproblem am offensichtlichsten. So haben wir einerseits eine alternde Bevölkerung, die immer mehr Anspruch auf eine gute Pflege- und Betreuungsdienstleistung hat, und andererseits haben wir nicht einmal genügend Nachwuchs, um den Status Quo, geschweige denn auch die Situation in 20 oder 30 Jahren, zu bedienen.

Fakt ist aber, dass die Situation ein schweizweites Problem und nicht ein kantonalbernisches ist und deshalb nicht allein auf kantonalbernischer Ebene gelöst werden kann. Selbst, wenn wir hier im Kanton Bern eine Zuständigkeit dazu haben. Das Problem – und das wurde schon mehrfach gesagt – lässt sich leider nicht mit einem weiteren Bericht lösen. Was kann man mit einem Bericht machen? Man kann den Status Quo erfassen. Den Status Quo kennen wir alle, den muss man nicht noch einmal erfassen. Wenn man ihn dann erfasst hat und ein Jahr später diskutiert, ist der Bericht auch schon bereits wieder veraltet. Also frage ich mich: Das ist guter Wille, aber was bringt es uns in dieser Situation weiter?

Es bringt auch nichts, einen globalen Bericht zu verfassen, nachdem schon, wie wir es gehört haben, in verschiedenen Themenbereichen Berichte vorliegen. Fakt ist auch, dass der Gesundheitsmarkt sehr zersplittert ist. Wir haben private Spitäler, wir haben öffentliche Häuser, wir haben eine

Spitex, wir haben ganz verschiedene Märkte. Auf diese muss man eingehen und die Bedürfnisse abklären und nicht einen globalen Bericht machen. Das bringt uns nicht weiter.

Man muss vielmehr den Mut haben, das Problem grundsätzlich anzugehen, und zwar auf nationaler und dann später vielleicht auch auf kantonaler Ebene. Man muss sich wagen, unsere Geburtenpolitik und unsere Einwanderungspolitik zu hinterfragen. Denn die Alternative davon ist einzig und allein, die alten, pflegebedürftigen Menschen für ihre letzte Lebensphase in ein Billiglohnland zu verschieben. Ich persönlich möchte das nicht, im Alter nach Thailand gehen müssen, weil es hier keinen Platz mehr hat. Aber es wird gemacht, schon heute. Es wird gemacht. Das sind Themen, bei denen wir uns fragen müssen: Entweder haben wir mehr Kinder – das geht nicht so schnell – oder wir haben mehr Leute aus dem Ausland, die helfen kommen. So einfach ist es und das müssen wir diskutieren, sonst lösen wir die Probleme nicht.

Wir sind uns also auch von der FDP der Thematik durchaus bewusst, erachten aber, wie gesagt, solch einen Bericht zwar als völlig legitim, aber als wenig zielführend, sondern wir fordern vielmehr, die zentralen Fragen einmal offen anzugehen und zu lösen. Wichtig scheint es uns trotzdem, dass der Regierungsrat Handlungsspielraum hat und im Rahmen der nationalen Umsetzung der Pflegeinitiative auch allenfalls auf kantonaler Ebene Handlungsbedarf ausmachen und Lösungen anbieten kann. Deshalb unterstützen wir den Vorstoss als Postulat, wenn er dann gewandelt wird, nicht aber als Motion.

Moussia von Wattenwyl, Tramelan (Les Verts), porte-parole de groupe. On le sait toutes et tous, la situation au niveau du personnel de santé est très critique. L'urgence accordée à cette motion en est un signe. L'acceptation de l'initiative sur les soins infirmiers (I Curia vista 18.079) pourra, on l'espère, améliorer rapidement la situation.

Nous attendons un rapport très détaillé et fouillé qui avancera toutes les pistes possibles. Nous souhaitons rendre attentive la Direction de la santé sur le fait que de nombreuses mesures ont été écartées dans le rapport de la politique familiale et, Ursula Zybach l'a signalé avant moi, qu'il cite d'ailleurs en exemple dans sa réponse, des mesures écartées pour des raisons économiques. Donc, il ne faudrait pas faire chaque fois des rapports, dont on arrive pas, par la suite, à mettre en œuvre les mesures proposées. Il s'agit de faire une vraie pesée de valeurs entre dépenses et investissements. A nos yeux, les mesures écartées n'auraient pas dû l'être et doivent absolument rester des exceptions.

On dit parfois qu'il faut savoir reculer pour mieux sauter – et parfois il faut savoir investir rapidement pour éviter de plus grandes dépenses par la suite. Economiser dans le domaine de la santé n'est en aucun cas un chemin qui apporte de bonnes solutions à nos yeux.

J'aimerais aussi rendre attentive la Direction de la santé que les prestataires sur le terrain, tels que les foyers de jour indépendants, à l'exemple du Foyer de Sonceboz, font un excellent travail et méritent largement d'être mieux reconnus et plus soutenus dans leur travail pour la population locale. Peut-être y a-t-il là un nouveau créneau à suivre et à valoriser. Cet aspect fait écho à l'évolution démographique citée dans la réponse du gouvernement.

Manuela Kocher Hirt, Worben (SP), Einzelsprecherin. Warum braucht es aus unserer Sicht einen Bericht und warum reicht es nicht aus, auf die Versorgungsplanung und auf den nationalen Versorgungsbericht abzustützen? Auf der Homepage des Kantons finden Sie die Versorgungsplanung von 2016 mit der aktualisierten Bedarfsprognose bis 2030 für den Bereich Akutsomatik, Rehabilitation und Psychiatrie. Der Bericht stützt sich auf die Bevölkerungsentwicklung, die Entwicklung im Bereich «ambulant vor stationär», die Hospitalisationsrate, die Entwicklungen in der Medizinaltechnik, die Fallzahlen und die Aufenthaltsdauer. Der Personalbedarf kommt dort nicht vor.

Der Bericht wurde Ende 2020 – vor Corona – erstellt und geht von der Zunahme von Leistungen in allen Bereichen aus. Neben dem Bevölkerungswachstum ist die Altersstruktur der Bevölkerung die wesentliche Einflussgrösse für die Inanspruchnahme von stationären Leistungen in der Akutsomatik, da das Alter die Hospitalisationsraten in der Akutsomatik ansteigen lässt.

Im Bericht wird deutlich, dass vor allem auch die Rehabilitation aufgrund der Zunahme der älteren Bevölkerung beim Leistungsbedarf um 22 Prozent steigen wird. Der Bericht zeigt auch auf, dass in

der Psychiatrie der Bedarf um 20 Prozent unterschätzt wurde. Die Prognose 2030 geht von einem weiteren Wachstum in der Psychiatrie von 5 bis 8 Prozent aus. Diese Unterversorgung wurde in der Psychiatrie nicht berücksichtigt, und gemäss dem Bericht liegt der Eigenversorgungsgrad je nach Region zwischen 30 bis 74 Prozent. Dazu kommen wir im nächsten Vorstoss noch.

Mehr Leistungen brauchen mehr Personal. Welches Personal, wie viel und mit welchen Ausbildungen? Im Bericht finden wir keine Antworten auf diese Fragen. Ich glaube, es ist eine Tatsache, die nicht bestritten ist: Im Gesundheitsbereich haben wir einen Personalmangel: diplomiertes Personal, Intensiv, Anästhesie, Notfall, Psychiatrie. Ärzte fehlen, Familien finden keinen Kinderarzt und wir finden keine Pflegenden, die auf der Kinder- oder Jugendmedizin arbeiten.

Der Versorgungsbericht gibt in vier Jahren wieder Antworten auf diese Fragen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen nicht so lange warten. Wir haben Fragen, die wir jetzt beantworten müssen: Wie ist der Personalbestand aktuell in diesen verschiedenen Versorgungsbereichen? Wie hoch wäre der Bedarf, gemessen an den erwarteten Leistungssteigerungen in den verschiedenen Versorgungsbereichen? Wie gross ist denn dieses Delta und wie kann dieses Delta verkleinert werden? *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.)* Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben Beispiele dazu gebracht. Aber damit wir gezielt vorgehen und eine saubere Planung haben, brauchen wir Grundlagen. Deshalb stimmen Sie dieser Motion zu. Es braucht einen Bericht.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la DSSI. Je dois dire que je m'inquiète un peu de l'activisme inflationniste autour de cette thématique. On demande toujours plus de papier, toujours plus de rapports, toujours plus de propositions, je crois qu'il est temps de plutôt mettre en œuvre un certain nombre de mesures. En ce qui concerne les données : nous avons toutes les données nécessaires. Certaines de ces études ont été mentionnées, elles ont été menées au niveau suisse, entre autres avec le soutien de la Conférence suisse des directrices et directeurs cantonaux de la santé (CDS), les différentes OdA (OdASanté) ainsi que l'Observatoire suisse de la santé (Obsan).

La vision à ce niveau-là est tout à fait claire et complète et ne nécessite pas de nouvelles études complémentaires qui ne généreront pas un seul professionnel de plus. Il serait bien quand même de différencier également ce que le canton peut faire pour améliorer cette situation et ce que les différentes institutions doivent faire : le canton a un certain nombre de tâches qu'il prend à cœur et pour lesquelles il s'est beaucoup engagé. Le canton de Berne est certainement un des cantons qui a, jusqu'à présent, fait le plus pour aider à résoudre la pénurie de personnel et trouver des solutions pour que nous puissions fournir les bonnes prestations au bon endroit.

J'aimerais citer ici quelques éléments : le canton de Berne connaît depuis 2012 une obligation de former, pour les professions non-universitaires. L'année dernière, 1000 jeunes ont démarré leur formation dans ces thématiques. D'ailleurs, le contre-projet à l'initiative des soins infirmiers reprenait une grande partie de ce que le canton de Berne a mis en œuvre jusqu'à présent. Nous avons également des projets qui permettent de soutenir des personnes désireuses de reprendre une activité professionnelle et nous finançons ces formations. Le canton a mis 100 places supplémentaires pour la formation des médecins à l'Université de Berne. Cela représentera 600 personnes en formation lorsque toutes les classes auront subi cette augmentation. Le canton de Berne aura dès lors la plus grande faculté de médecine de Suisse en ce qui concerne le nombre de jeunes en formation.

Vous avez dernièrement voté l'obligation de formation postgrade pour tous les hôpitaux se trouvant sur la liste hospitalière. Nous sommes en train de finaliser l'ordonnance qui permettra de mettre en œuvre cette obligation dès le 1^{er} janvier 2023, mais qui permettra également de soutenir la formation dans les thématiques où nous avons un manque crucial de professionnels, je pense aux médecins de famille, aux pédiatres et à la psychiatrie. Nous avons un programme qui permet de financer 35 places d'assistanat en cabinet médical. Au mois de juin, nous viendrons avec un projet qui permettra également d'augmenter le nombre des places d'assistanat en cabinet médical.

Le canton s'engage donc partout où cela est de sa compétence pour améliorer cette situation et il est important que nous puissions continuer dans cette voie.

Mais je crois que si nous voulons résoudre la problématique à laquelle nous sommes confrontés, il est temps également que les institutions remettent certaines choses en question. Nous l'avons en-

tendu d'un député précédemment, le manque de personnel n'est pas uniquement dans les soins, et les différentes branches où ce manque se fait sentir prennent un certain nombre de mesures de manière à trouver également des solutions pour garder leur personnel. Ayant été confronté dans les derniers mois directement à certains prestataires de soins, j'ai parfois été surpris que les gens restent aussi longtemps dans certains cas de figure. Donc, nous devons tous travailler à trouver des solutions, mais ces solutions ne doivent pas consister en des paquets de papier supplémentaires. Je peux mettre les ressources de ma Direction à disposition pour faire avancer ces mesures, améliorer ces mesures, ou je peux les mettre à disposition pour écrire du papier. Vous allez faire le choix qui s'impose, merci.

Le président. La motionnaire souhaite s'exprimer encore, je lui laisse le micro.

Meret Schindler, Bern (SP), Motionärin. Anita Herren hat klar gesagt, dass die Mitte auch einen Bericht erwartet, auch wenn es in Form eines Postulats überwiesen würde. Sowohl Melanie Gasser von der glp als auch Andreas Michel von der SVP und Ursula Zybach haben auch gesagt, man könnte das allenfalls auch in eine Teilstrategie der Gesundheitsstrategie des Kantons fliessen lassen.

Lieber Pierre Alain, ich sehe das auch so: Es läuft viel im Kanton Bern im schweizweiten Vergleich und ich weiss, dass gerade der Gegenvorschlag der Pflegeinitiative faktisch auf unseren Vorgaben beruht. Es ist so, dass wir auch Inputs geben, dass wir mehr Hausärztinnen und Hausärzte ausbilden. Es ist aber trotzdem so, dass wir einfach einen Personalnotstand haben und es braucht eigentlich einen weiteren Effort.

Ich finde es weiter wichtig, dass wir auch als einer der grössten Kantone mit einer Vorbildfunktion vorausgehen. Ich glaube, wir sind der heterogenste Kanton, gerade wenn man anschaut, wie wir rein topografisch aufgestellt sind. Ich finde es wichtig, dass man vorwärtsgeht, ob jetzt das ein separater Bericht ist oder ob das in alle Teilstrategien der Gesundheitsstrategie einfliesst, ist mir einerlei. Wie allen, die hier vorne gesprochen haben, geht es mir darum, dass wir Massnahmen ergreifen und wir unsere Gesundheitsversorgung auch im hinterletzten Tälchen aufrechterhalten können, dass Kinder zu einem Psychiater gehen können, auch wenn sie in Zweisimmen wohnen. Es ist mir auch wichtig, dass wir, die mitten in der Stadt Bern sind, hier Kinder gebären können. Das muss einfach gewährleistet sein können. Deshalb finde ich, da das Anliegen zu wichtig ist, als dass es hier untergeht, wandle ich den Vorstoss in ein Postulat.

Le président. Nous allons donc voter sur un postulat pour cette affaire du point numéro 35 de l'ordre du jour : les député-e-s qui acceptent cette intervention sous la forme d'un postulat votent oui, celles et ceux qui le refusent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.351: als Postulat / sous forme de Postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	137
Nein / Non	7
Enthalten / Abstentions	1

Le président. Vous avez accepté cette intervention sous la forme d'un postulat.